

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 19. September 2019 · Nr. 217 · 240. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



ESPEN RASMUSSEN / PANOS

Grönland weckt Begehrlichkeiten

Grönland ist zum Spielball der Geopolitik geworden – spätestens seit US-Präsident Donald Trump sein Interesse am Kauf der Insel verkündet hat. Von zentraler Bedeutung sind dabei vor allem die militärstrategische Lage Grönlands und die dort vermuteten gigantischen Rohstoffvorkommen. Allerdings stellt der Abbau dieser Rohstoffe einen politischen und wirtschaftlichen Drahtseilakt dar. *Wirtschaft, Seite 27*

Streit um höhere Kinderabzüge

Ständerat stellt sich erneut gegen Nationalrat – mit einem ganz knappen Entscheid

FABIAN SCHÄFER, BERN

Dass Politiker vor den Wahlen gerne Geschenke verteilen, ist bekannt. Am Mittwoch wäre fast ein weiteres hinzugekommen. Im Ständerat fehlte eine einzige Stimme, um vielen Familien im Land eine Freude zu bereiten: Mit 22 zu 21 Stimmen wurde die Erhöhung der Kinderabzüge bei der Bundessteuer von 6500 auf 10 000 Franken pro Kind abgelehnt. Von den höheren Abzügen würden nicht alle Familien profitieren, da zirka die Hälfte gar keine Bundessteuern bezahlt. Für die Erhöhung stimmten CVP und SVP, dagegen waren SP und FDP. Die Steuerausfälle wären mit 340 Millionen Franken im Jahr beträchtlich.

Doch damit ist die Sache noch nicht erledigt. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug, der schon zweimal für die höheren Steuerabzüge gestimmt hat. Wie das Seilziehen ausgeht, ist offen. Nach dem knappen Ergebnis im Ständerat ist jedenfalls gut denkbar, dass die Abzüge zuletzt tatsächlich erhöht werden.

Maurer warnt vor «Hüftschuss»

Am Mittwoch war noch unklar, wann das Parlament die Diskussion fortsetzt. Die Terminfrage ist in diesem Fall nicht unwichtig. Wegen Abwesenheiten von Finanzminister Ueli Maurer ist unsicher, ob das Parlament die Vorlage nächste Woche fertig beraten kann. Andernfalls wäre dies erst nach den Wahlen möglich. Dies würde tendenziell die Wahrscheinlichkeit schmälern, dass die Kinderabzüge erhöht werden. Denn nach den Wahlumfragen ist zu erwarten, dass SVP und CVP im neuen Parlament weniger stark sein werden.

Klar sind hingegen die Argumente. Die Befürworter wollen grundsätzlich die Familien entlasten. Aus Sicht von CVP-Ständerat Konrad Graber ist dies umso mehr notwendig, als sich inzwischen abzeichnet, dass die Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe weiter auf sich warten lässt. Allerdings würden von den höheren Abzügen auch Konkubinatpaare profitieren.

Die Gegner wiederum sprechen von einer teuren Reform ohne klaren Nutzen. FDP-Ständerat Andrea Caroni sieht darin eine Giesskannen-Vorlage, von der wegen der Progression primär Eltern mit höheren Einkommen profitieren. Viel ineffizienter könne eine

Reform gar nicht sein. SP-Ständerat Roberto Zanetti monierte, hier würden Millionen «verpulvert». Auch Finanzminister Maurer ging mit der CVP und seinen SVP-Kollegen hart ins Gericht: «Wir dürfen nicht einfach solche Hüftschüsse unterstützen, auch wenn es vor den Wahlen ist.»

In der Tat ist der Verlauf dieser Debatte ungewöhnlich. Ursprünglich hatte der Bundesrat eine schlanke, günstige Vorlage präsentiert. Um mehr Mütter zur Erwerbstätigkeit zu bewegen, wollte er nur Familien entlasten, die ihre Kinder extern betreuen lassen. Dafür könnten sie bei der Bundessteuer neu maximal einen Abzug von 25 000 statt 10 100 Franken vornehmen. Damit war das Parlament einverstanden. Die Steuerausfälle von 10 Millionen Franken wären bescheiden. Nur ein kleiner Teil der Familien würde profitieren, da so hohe Betreuungskosten selten sind.

Kantone ohne Mitsprache

Doch das genügt dem Nationalrat nicht. Relativ spontan hat er entschieden, auch den generellen Steuerabzug für alle Kinder zu erhöhen und damit die Steuerausfälle massiv zu vergrössern. Dazu hat keine Vernehmlassung stattgefunden; die Kantone, die ebenfalls betroffen sind, konnten sich in diesem Rahmen nicht äussern. Der entscheidende Antrag stammte nicht einmal von der zuständigen Kommission, sondern geht auf einen Einzelantrag des Zürcher CVP-Nationalrats Philipp Kutter zurück. Dass ein solcher angenommen wird, ist selten.

Schweiz, Seite 14

Netanyahu gibt nicht auf

Pattsituation nach Wahlwiederholung in Israel

Das Bündnis Blau-Weiss und der Likud von Ministerpräsident Netanyahu liegen gleichauf. Dieser könnte der politischen Lähmung ein Ende bereiten. Doch er denkt nicht daran.

INGA ROGG, JERUSALEM

In Israel nennen sie ihn den Magier. Der amtierende Ministerpräsident Benjamin Netanyahu hat in seiner langen Amtszeit schon etliche Krisen durchgemacht. Und jedes Mal ging er daraus als Sieger hervor. Doch einen Tag nach der Wahl am Dienstag, die er selber erzwungen hat, ist der politische Überlebenskünstler angeschlagen. Nach Auszählung von mehr als 60 Prozent der Stimmen zeichnet sich zwischen Netanahus Likud-Partei und dem Bündnis Blau-Weiss seines stärksten Herausforderers Benny Gantz ein Patt ab. Demnach liegen der Likud und Blau-Weiss in der neuen Knesset mit je 32 Sitzen gleichauf.

meinsam mit seinen potenziellen Koalitionspartnern auf der Linken, dem Bündnis Arbeitspartei-Gesher und der Demokratischen Union um den ehemaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak, kommt Blau-Weiss auf rund 44 Sitze.

Die beiden grossen Sieger der Wahl sind Avigdor Lieberman und die von Ayman Odeh angeführte Vereinigte Liste aus vier arabischen Parteien. Liebermans Israel Beitenu konnte ihren Sitzanteil von fünf auf neun fast verdoppeln. Die arabischen Parteien holten mehr als zehn Mandate, womit Spitzenkandidat Aymen Odeh gar Oppositionsführer werden könnte – ein Novum in der Geschichte des Landes. «Die israelischen Araber haben ihrer Stimme Gehör verschafft», sagte Odeh. Ihr Ziel sei es nun, eine rechte Regierung unter

Liberaler Morgenröte in Israel

Kommentar auf Seite 11

Bis zuletzt auf Stimmenfang

Allein das ist schon eine Schlappe für den dienstältesten Ministerpräsidenten des Landes. Diese fällt sogar noch deftiger aus, wenn man berücksichtigt, dass die Kulanu-Partei, die in den Wahlen vom April vier Sitze geholt hatte, diesmal auf eine eigene Kandidatur verzichtete und mit dem Likud zusammenspannte. Buchstäblich bis zur Schliessung der Wahllokale hatte Netanyahu um jede Stimme – vor allem am rechten Rand – gekämpft, um zumindest ein Mandat mehr zu ergattern als Gantz' Blau-Weiss. In der politischen Arithmetik hätte ihm das den Vorteil verschafft, von Präsident Reuven Rivlin als Erster den Auftrag zur Regierungsbildung zu erhalten. Diesen Vorteil hatte er sich im Frühjahr zunutze gemacht, als er nach seinem Scheitern das Mandat nicht zurückgab, sondern stattdessen die Wiederholung der Wahl durchsetzte.

Für Netanyahu geht es freilich nicht nur um seine politische Zukunft, sondern auch darum, einer möglichen Gefängnisstrafe zu entgehen. Anfang Oktober entscheidet der Generalstaatsanwalt darüber, ob er Anklage gegen ihn wegen Korruption und Veruntreuung erhebt. Als Ministerpräsident könnte Netanyahu selbst im Falle einer Anklage im Amt bleiben. Zudem könnte er seine Koalitionspartner drängen, ein Gesetz zu verabschieden, das ihm Immunität gewährt.

Erfolg für arabische Parteien

Netanyahu traf sich am Mittwochmittag mit den Vertretern der beiden ultraorthodoxen Parteien Shas und Vereinigtes Thora-Judentum sowie Yamina («nach rechts»), dem neuen Zusammenschluss der Rechten um die beiden ehemaligen Minister Ayelet Shaked und Naftali Bennett, die zusammen 24 Mandate holten. Für eine Regierungsmehrheit reicht das freilich nicht. Diese hat indes auch die Gegenseite verfehlt. Ge-

Netanyahu zu verhindern. Dieser blieb sich treu und machte am Mittwoch wie schon während des Wahlkampfes Stimmung gegen die Araber, indem er sie als Terrorunterstützer beschimpfte.

Lieberman betonte am Mittwoch erneut, dass er nur für eine grosse Koalition aus Likud und Blau-Weiss zur Verfügung stünde. Damit richteten sich alle Blicke auf den Präsidenten, der in den nächsten zwei Wochen in Gesprächen mit den Fraktionsführern sondiert, wem er den Regierungsauftrag erteilt. Eine grosse Koalition könnte Israel guttun. Der Wahlausgang zeigt die tiefe Spaltung des Landes.

Die Wahlbeteiligung war höher als vor einem halben Jahr und betrug nach Angaben des Zentralen Wahlkomitees beinahe 70 Prozent. Insbesondere die arabische Beteiligung, die bei der Wahl im April noch auf einem historischen Tiefstand lag, fiel deutlich höher aus.

Langes Feilschen droht

Angeht die Pattsituation droht Israel möglicherweise ein langes Feilschen um die neue Regierung, im schlimmsten Fall könnte es sogar wieder Wahlen geben. Ein derartiges Politvakuum kann sich das Land indes kaum leisten, zu gross sind die Gefahren einer Eskalation des schwelenden Konflikts mit Iran und deren Folgen für Israel. Netanyahu hätte es mit einem Amtsverzicht in der Hand, der Lähmung ein Ende zu bereiten. Seine Tage seien gezählt, sagten liberale Kommentatoren. Der Beginn vom Ende seiner Ära habe begonnen. Doch so schnell aufgeben will der gewiefte Taktiker nicht. Es gebe nur zwei Alternativen, eine von ihm geführte Regierung oder eine «gefährliche Regierung mit den antizionistischen arabischen Parteien», sagte Netanyahu am Mittwochabend. «Wir müssen angesichts der grossen diplomatischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen alles tun, um eine solche Regierung zu verhindern.»

ANZEIGE

PRAGER DREIFUSS
ATTORNEYS AT LAW



Capital Markets
www.prager-dreifuss.com